

Ostermarsch Aschaffenburg

16. April 2022 | Ulrike Eifler

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

liebe Friedensfreunde,

vor über dreißig Jahren war ich auf meiner ersten Friedensdemo - damals gegen den Krieg am Golf - den Krieg um Kuwait. Ich war eine von Hunderttausenden Schülerinnen und Schülern, die den Unterricht schwänzten und gemeinsam gegen diesen Krieg durch die Straßen zogen. Was uns antrieb, war die Zeitenwende, die dieser Krieg einläutete - niemand sprach damals von Zeitenwende. Aber für uns fünfzehn-, sechzehn-jährige Heranwachsende fühlte sich dieser Krieg wie eine Zeitenwende in dem soeben wiedervereinten Deutschland an.

Zwar waren damals Einsätze der Bundeswehr außerhalb des NATO-Gebietes noch nicht zulässig. Doch Bundeskanzler Helmut Kohl kompensierte dies durch eine starke logistische Unterstützung. Material und Transportleistungen im Wert von drei Milliarden Mark, Überflugrechte, die Nutzung von Militärbasen und jede Menge Kriegsgerät aus den Altbeständen der Nationalen Volksarmee machten die Bundesrepublik zur wichtigsten logistischen Drehscheibe für die Alliierten. Und wir spürten damals: Das wiedervereinte Deutschland war wieder wer und drängte auch zu militärischer Stärke.

Warum erzähle ich das? Weil wir heute sehen, dass das Ende des Kalten Krieges der Beginn eines schleichenden Prozesses war, an dessen Ende heiße, blutige, völkerrechtswidrige Kriege auch mitten in Europa wieder möglich sind. Und wenn die Medien heute fast verächtlich von den friedensbesoffenen Jahren der Nachkriegszeit sprechen, wenn sie die nach dem Zweiten Weltkrieg Geborenen als friedensverwöhnte Generationen verunglimpfen, als sei es ein unverdientes Privileg, im Frieden aufzuwachsen, dann sollten wir uns mit aller Unbeugsamkeit, die wir aufbringen können, dagegen stellen und deutlich machen, dass wir bereit sind, für das Recht zu kämpfen, im Frieden geboren zu werden, heranzuwachsen, zu leben, zu lieben und zu sterben.

Vieles hat sich seit dem ersten Golfkrieg verändert - auch die Tatsache, dass man auf Friedensdemonstrationen mittlerweile nicht nur Beifall bekommt, wenn man sich gegen Krieg und Aufrüstung ausspricht - auch das haben die letzten Wochen deutlich gezeigt. Deswegen sage ich es gleich zu Beginn sehr deutlich: Ja, der Überfall Russlands auf die Ukraine ist völkerrechtswidrig und zu verurteilen. Er ist brandgefährlich, und es muss klar gesagt werden: Es gibt keine Rechtfertigung für die Bombardierungen von ukrainischen Städten. Deshalb gilt meine Solidarität der Bevölkerung in der Ukraine, den Menschen, die auf der Flucht sind, den jungen Männern, die in diesen Krieg ziehen müssen, den Verletzten, den Traumatisierten, den Angehörigen, die Tote zu beklagen haben.

Aber ebenso deutlich muss auch gesagt werden: Die Personalisierung dieses Überfalls, die uns in der öffentlichen Berichterstattung regelmäßig als Putins Krieg begegnet, ist unzulässig und trägt nicht dazu bei, die Gründe für diesen Krieg zu verstehen. Denn Kriege entstehen nicht, weil Machthaber großenwahnsinnig oder geistesgestört sind - Kriege entstehen, weil im Kapitalismus die ökonomische Konkurrenz zwischen den Staaten auch militärisch ausgetragen wird. Schon der sozialdemokratische Entspannungspolitiker Egon Bahr hat das gut auf den Punkt gebracht, indem er sagte: In der Außenpolitik geht es nie um Menschenrechte, sondern immer um geopolitische Interessen.

Kriege sind keine singulären Ereignisse, sondern Ergebnis jahrelanger, manchmal jahrzehntelanger Entwicklungen. Und so ist der Krieg gegen die Ukraine auch ein Krieg um die Ukraine - ein Macht-

kampf zwischen der NATO auf der einen und Russland auf der anderen Seite. Und die NATO - das haben die letzten dreißig Jahre gezeigt - ist kein Verteidigungsbündnis, das demokratische Werte selbstlos in den Mittelpunkt seines politischen Wirkens stellt, sondern ein Militärbündnis, das weltweit den Kampf um Rohstoffe, Märkte und politische Macht anheizt. Dieses westliche Militärbündnis ist nicht politisch neutral, sondern verfolgt ebenso wie Russland eigene geopolitische Interessen.

Wir wissen: Putin spricht der Ukraine die Staatlichkeit ab und ist deshalb völkerrechtswidrig in die Ukraine einmarschiert. Doch das ist kein Grund auszublenden, dass die NATO-Osterweiterung einen wesentlichen Anteil an der Entwicklung der aktuellen Eskalation hatte. Über dreißig Jahre lang wurde es unterlassen, eine stabile europäische Friedensordnung unter Einschluss Russlands aufzubauen. Dass dies nicht geschah, war kein Versäumnis, sondern hatte schlicht damit zu tun, dass die US-amerikanische Außenpolitik immer darauf konzentriert war, eine Annäherung zwischen der EU und Russland zu unterbinden, weil sie es als Gefahr für die eigene Vormachtstellung ansah, wenn die wirtschaftliche Stärke der EU und der russische Reichtum an Bodenschätzen zueinander gefunden hätten.

Hinzu kommt: Der völkerrechtswidrige Krieg Russlands darf uns die völkerrechtswidrigen Kriege der NATO nicht vergessen lassen - die mit Uran angereicherte Munition, die im Kosovo eingesetzt wurde oder die 500.000 Kinder, die infolge des US-Embargos im Irak starben. Die NATO ist und bleibt ein Bündnis zur Durchsetzung der imperialistischen Interessen der westlichen Staaten.

Und diese Feststellung bringt uns zu einem weiteren Punkt: Wer glaubt, Kriege sind singuläre Ereignisse, wer glaubt, Kriege entstehen, weil Machthaber größenwahnsinnig und verrückt sind, der wird auch über Waffenlieferungen als Mittel, den Krieg zu beenden, nicht hinauskommen. Ich sage an dieser Stelle ganz klar: Die Waffenlieferungen gießen Öl ins Feuer und heizen den Krieg weiter an. Waffenlieferungen sind ein Beitrag zur Eskalation, nicht zur Deeskalation - sie verlängern den Krieg, statt ihn zu verkürzen.

Und ja, es gibt ein Selbstverteidigungsrecht auch für die Ukraine - aber die Ukraine ist nicht unbewaffnet - der Westen hat dieses Land in den letzten Jahren hochgerüstet, und er wird es auch weiterhin tun. Mehr als drei Milliarden Euro haben allein die USA für die Aufrüstung der Ukraine seit Beginn dieses Krieges ausgegeben.

Und jeder Tag, den dieser Krieg dauert, bringt uns näher an einen Atomkrieg. Es kann keine militärische Lösung des Konfliktes geben - wer Waffen liefert, handelt nicht. Waffenlieferungen lenken davon ab, dass die Regierungen in der Verantwortung stehen, mit aller Kraft Verhandlungslösungen voranzutreiben. Ich sage: Wer Frieden will, der muss sich an einen Tisch setzen, der muss Gespräche führen, der muss verhandeln - DAS ist das Gebot der Stunde, nicht die Waffenlieferungen.

Genauso verhält es sich im übrigen mit Sanktionen. Sie treffen in erster Linie die Bevölkerung und zwar nicht nur die russische, sondern auch die europäische. Denn wer zahlt die Zeche für die Durchsetzung eines Lieferstopps von russischem Gas und russischer Kohle? Es sind die kleinen Verbraucher, die wegen der Turbulenzen auf dem Gasmarkt mit höheren Strom- und Heizkosten rechnen müssen.

Die Strategie der Bundesregierung, durch LNG-Gas unabhängiger von russischem Pipelinegas zu werden, treibt uns in eine soziale und ökologische Katastrophe. Denn die Umstellung auf Flüssiggas, das sogenannte LNG, wird die Gaspreise weiter in die Höhe treiben, denn es ist doppelt so teuer. Nicht grundlos schickt man den ehemaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck durch die Talkshows und lässt ihn dort verkünden, dass man für die Freiheit eben auch ein bisschen frieren müsse.

Und wenn führende Politiker verkünden, wir hätten die Spitze unseres Wohlstandes erreicht und ab nun würde es bergab gehen, meinen sie damit nicht ihren Wohlstand, sondern unseren.

Hinzu kommt aber auch, dass die Umstellung auf Flüssiggas aus den USA uns näher an die Klimakatastrophe katapultiert als uns lieb ist. Denn erstens basiert dieses Gas auf Frackinggas, und wir wissen, dass diese Gasfördermethode zu den umweltschädlichsten gehört. Und zweitens zeichnet sich schon jetzt in den Fracking-Gebieten der USA ein Umweldesaster ab. Denn noch unter Obama wurde die Umweltauflage, Bohrlöcher und Anlagen auf Methanlecks zu untersuchen, aufgehoben - in der Konsequenz wurden mehr als zwei Millionen Bohrlöcher nicht fachgerecht verschlossen und emittieren so viel Methan wie es den Auspuffgasen von 1,5 Millionen Autos entsprechen würde.

Außerdem muss dieses Gas mit einem enormen Energieaufwand auf minus 160 Grad heruntergekühlt werden, damit es sich verflüssigt und auf diesem Temperaturniveau gehalten werden, damit es nicht während des Transports wieder gasförmig wird. Dieser Verflüssigungsprozess und der lange Transport von Übersee nach Europa sind mit enormen CO₂-Emissionen verbunden und deshalb aus klimapolitischen Gründen nicht zu rechtfertigen. Der Krieg in der Ukraine ist aus vielerlei Hinsicht eine Katastrophe, aber auch aus Gründen des Klimaschutzes wäre Frieden wirklich die bessere Alternative.

Gleichzeitig ist die Debatte über Sanktionen moralisch aufgeladen - dabei wird vergessen, wie sehr die Bevölkerung darunter leidet. Als 2003 infolge der US-Sanktionen im Irak eine halbe Million Kinder verhungert sind, weil es dort nicht genug Babynahrung gab, wurde die damalige US-amerikanische Außenministerin Madeleine Albright gefragt, ob es das wert sei - ihre Antwort darauf war: Ja, absolut, das ist es uns wert. Lassen wir uns also nicht weismachen, bei der Forderung nach Sanktionen würde es den Regierungen um moralisches Handeln gehen. Ein Gas-Embargo würde die russische Handlungsfähigkeit nicht einschränken - der Krieg würde weitergehen. Es gilt auch hier, was Egon Bahr sagt: Im Zentrum steht die Durchsetzung geopolitischer Interessen.

Hinzu kommt, dass die Sanktionen bisher nicht an Bedingungen geknüpft wurden und so tatsächlich nicht dazu beitragen, Russland zum Frieden zu bewegen, sondern zu bestrafen. Gleichzeitig haben die Sanktionen nicht nur Auswirkungen innerhalb Russlands, sondern treiben weltweit die Preise für die Nahrungsmittel in die Höhe. Und deshalb sage ich klar: Auch im Interesse der Weltgemeinschaft haben die russische Regierung, aber auch die Regierungen des Westens die Verantwortung, schnellstmöglich zum friedlichen Dialog zurückzukehren. Dieser Krieg ist nur zu beenden, wenn sich die politisch Verantwortlichen an einen Tisch setzen und miteinander verhandeln. Der Weg raus aus dem Krieg ist die Rückkehr zu einer Politik des Dialogs.

Doch die jahrzehntelange Erfahrung der Friedensbewegung lehrt uns, aufgrund der geopolitischen Entwicklungen werden die Regierenden nicht von selbst an den Verhandlungstisch zurückkehren - sie brauchen den Druck der Friedensbewegung. Deshalb steht die Friedensbewegung, stehen wir alle vor der Herausforderung, den Schulterschluss mit den Gewerkschaften und der Klimabewegung zu suchen. Denn dieser Krieg verschärft einerseits den Kampf um gute Arbeits- und Lebensbedingungen, und er ist andererseits ein Schlag ins Gesicht der jungen Generation, deren Zukunft nicht nur durch die Klimakrise, sondern mittlerweile auch durch einen drohenden Atomkrieg bedroht ist.

Es zeichnet sich schon jetzt ab: Dieser Krieg wird die Durchsetzung der Energiewende weit zurückwerfen. Denn für den Ausbau der Erneuerbaren Energien sind wir auf die energieintensiven Industrien angewiesen - eine Energiekrise wird erhebliche Auswirkungen auf den Ausbau der Wasserstoffinfrastruktur, der Windkraftträder oder Solaranlagen haben. 100 Milliarden Euro für die Aufrüstung der Bundeswehr sowie die Erhöhung der jährlichen Militärausgaben auf das Zwei-Prozent-Ziel der NATO schaffen eine neue Qualität in der Auseinandersetzung um gesellschaftliche Umverteilung. Und als Gewerkschafterin sage ich hier ganz klar: Ein Blick in die Vergangenheit zeigt, jeder

Euro für Rüstung, Militär und Krieg, der fehlt für die Bildung, für auskömmliche Renten und den ökologischen Umbau der Industrie.

Hinzu kommt: Uns fehlen die Fachkräfte, um die Klimaschutzziele zum vereinbarten Zeitpunkt umzusetzen. Der Ausbau der Photovoltaik ist in den letzten Jahren vor allem deshalb ins Stocken geraten, weil uns die Handwerker für die Montage der Anlagen auf den Dächern fehlen. 250.000 Fachkräfte bräuchten wir für Produktion, Installation und Wartung der Erneuerbaren Energien - wir haben gegenwärtig nicht einmal 50.000.

Doch damit nicht genug: Auch der Bedarf an Lehrkräften an den allgemeinbildenden wie an den Berufsschulen ist riesig. Und an den Universitäten fehlt gleichzeitig das Lehrpersonal zur Ausbildung eben dieser Lehrkräfte. Und da habe ich noch gar nicht über den Zustand der Schul- und Universitätsgebäude geredet, in denen die so dringend benötigten Fachkräfte ausgebildet werden sollen. Schuldächer, durch die es regnet - Toiletten, die niemand benutzen möchte - all das ist das Ergebnis einer jahrzehntelangen neoliberalen Sparpolitik, die zu einem Investitionsstau von 114 Milliarden Euro geführt hat. 114 Milliarden Euro, die investiert werden müssten, um nur die Substanz von Straßen, Brücken und Schulgebäuden zu erhalten - da ist noch kein einziger Euro in den energetischen Umbau geflossen.

Deshalb ist es wichtig, Klimakrise und Krieg global und zusammen zu denken - weil das Geld nur einmal ausgegeben werden kann. Und weil der Krieg und die Klimakrise Teil einer multiplen Krise sind, die auf dem Rücken der kleinen und mittleren Einkommen ausgetragen werden. Und weil wir, um das alles zu ändern, nicht nur den Krieg beenden müssen, sondern auch eine vollständige Paradigmenverschiebung bei der Frage, wie wollen wir leben und arbeiten wollen, vornehmen müssen.

Während der Durchsetzung der Klimaschutzziele in den letzten Jahren keine Priorität eingeräumt wurde, ging diesem Krieg eine Hochrüstungsbewegung auf beiden Seiten voraus. In den letzten 15 Jahren hat die russische Regierung ihre Waffensysteme modernisiert, Kampfdrohnen entwickelt und die Rüstungsexporte gesteigert. Im selben Zeitraum hat die NATO eine schnelle Eingreiftruppe aufgebaut, ihre Truppenstationierung an der Ostflanke und ihre Marinepräsenz in der Ostsee verstärkt, ein Raketenabwehrsystem in Rumänien und Polen installiert und die Manöver an Russlands Westgrenze ausgeweitet. Und auch in Deutschland setzt die Ampel-Koalition mit dem Aufrüstungsprogramm und der Beschaffung von atomwaffenfähigen Kampfdrohnen und F-35-Kampffjets lang gehegte Pläne zur Stärkung der militärischen Rolle Deutschlands um. Dabei geht es darum, Deutschland nicht nur als Wirtschaftsmacht, sondern auch als Militärmacht für die härter werdenden Kämpfe um Einflussphären zu rüsten. Dieser Kurs wird seit den 1990er Jahren, seit dem Krieg um Kuwait forciert.

Während den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, den Pflegekräften, den Sozialarbeitern und Erziehern seit 2014 von Tarifrunde zu Tarifrunde erzählt wurde, der Staat müsse sparen und die Beschäftigten deshalb den Gürtel enger schnallen, wuchsen die Militärausgaben um 50 Prozent. Und jetzt versucht uns die Bundesregierung mit Blick auf den Krieg in der Ukraine auf das größte Aufrüstungsprogramm in der Geschichte der Bundesrepublik und auf eine noch nie dagewesene Militarisierung der Außenpolitik einzuschwören.

Was können wir also tun, liebe Kolleginnen und Kollegen? Wir müssen die Friedensbewegung vitalisieren und das heißt auch, uns nicht auf eine Seite zu stellen, sondern den Krieg einzuordnen in den globalen Kampf um Einflussphären. Lasst uns die Ostermärsche dafür nutzen. Unsere Aufgabe muss es sein, den Kampf gegen die massive Aufrüstung der Bundeswehr und der EU dabei ins Zentrum zu stellen. Wir brauchen breite Bündnisse von Initiativen, Gewerkschaften, Bewegungen und Vereinen.

Wir müssen diejenigen sein, die die Frage des Friedens ins Zentrum sämtlicher gesellschaftlicher Entwicklungen stellen: in den Kontext der Klimakrise, in den Kontext der sozial-ökologischen Transformation, in den Kontext einer jeden Tarifrunde, in den Kontext der Armutsbekämpfung und zentralen Umverteilungsfragen - überall müssen wir diejenigen sein, die fragen, warum das Geld zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen fehlt, während es für Aufrüstung, Krieg und Zerstörung im Übermaß vorhanden ist. Aufrüstung ist kein Weg, um Nachhaltigkeit oder Arbeitsplätze mit Zukunft zu schaffen.

Lasst uns deshalb gemeinsam Druck auf die Bundesregierung machen. Für einen Waffenstillstand und diplomatische Lösungen, die den Krieg stoppen und den Truppenabzug befördern. Keine weiteren Schritte der Eskalation - das heißt keine weiteren Waffenlieferungen, aber auch keine weitere Osterweiterung der NATO und keine weitere Verlegung von Bundeswehrtruppen an die russische Westgrenze. Keine Aufrüstungsprogramme, stattdessen wirksamer Klimaschutz, ohne Zeit zu verlieren, gute Arbeits- und Lebensbedingungen für die Menschen und eine gut ausgestattete öffentliche Daseinsvorsorge. Lasst uns unseren Beitrag dazu leisten, dass die Diskussion über Krieg und Frieden wieder vom Kopf zurück auf die Füße gestellt wird - denn die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sie verlaufen nicht zwischen Ost und West, nicht zwischen Russen und Ukrainern, sondern zwischen oben und unten.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit und Glück auf!